

**Gegen fortschreitenden Demokratieabbau,
Aus- und Umbau des staatlichen Gewaltapparates und die
fortschreitende Militarisierung der Innen- und Außenpolitik**

Die GEW München lehnt bereits durchgeführte und noch geplante Angriffe auf Grundgesetz und Völkerrecht ab, die sich u.a. in folgenden Maßnahmen ausdrücken:

- Maßnahmen der Föderalismusreform, welche Versammlungs- und Presserecht, Strafvollzug und Beamtenbesoldung weiterhin bzw. verstärkt zur Ländersache machen
- Inlandseinsätze der Bundeswehr und dadurch faktische Aktivierung der Notstandsgesetze
- Kriegseinsätze der Bundeswehr im Ausland
- Unterstellung der Sanitätsdienste, der Feuerwehr, Hilfsorganisationen etc. unter Militärkommando im Rahmen der Zivil-Militärischen-Zusammenarbeit
- Zusammenarbeit und Verschmelzung von Polizei und Geheimdiensten. Dazu gehören die Gründung einer Bundespolizei mit präventiven Befugnissen, das BKA-Gesetz, das unter anderem heimliche Filmaufnahmen in Wohnungen und Online-Durchsuchungen vorsieht, die enge Kooperation von Geheimdiensten und Polizei im so genannten Gemeinsamen Terror-Abwehrzentrum in Berlin, der obligatorische Fingerabdruck im Reisepass, die Bundes-Abhörzentrale in Köln, die Internet-Zensur, die Antiterrordatei usw.
- Grundrechteinschränkungen durch die Hartz-Gesetz etc.
- Beweislastumkehr und Gesinnungsverfolgung

Die GEW München wird ihre Mittel und Möglichkeiten einsetzen, um

1. Auf Landes- und Bundesebene ähnliche Beschlüsse durchzuführen
2. Die Mitglieder in München aufzuklären und zu aktivieren. Dazu werden u.a. Flyer mit Informationen zu je einem Schwerpunktthema erstellt. Die Antragsteller sind bereit, dem Stadtvorstand dabei als Kern einer zukünftigen Arbeitsgruppe zu helfen. Die Flyer werden den Mitgliedern und Kontakteuten in ausreichender Menge zur Weitergabe zugestellt.